

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

23. Februar 2010

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: Edith **Bräumer**

Es fehlten als unentschuldigt: Walter **Freudenberger**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 15. Februar 2010 ordnungsgemäß eingeladen worden ist.

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 19. Februar 2010 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 19. Januar 2010

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt zu TOP 02 (Beratung über den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2010, Seite 4, 3. Absatz) fest, dass er falsch zitiert wurde. Er bittet darum die Niederschrift dahingehend zu ändern, dass er bemerkt hat, „dass nicht das Defizit der laufenden Kosten in Höhe von zirke 80.000,00 € die Stadt erdrücken.“

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 19. Januar 2010 zu.

Abstimmung: 13 Ja

02. Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf 2010 in der Sitzung im Dezember vergangenen Jahres im Gemeinderat eingebracht und in der letzten Sitzung im Januar diskutiert wurde. Die dortigen Ergebnisse wurden in die vorliegende Ausfertigung eingearbeitet. Der Haushalt 2010 ist der Versuch eines Spagats zwischen Wirtschaftskrise, Steuerausfällen von über einer Million Euro und den notwendigen Investitionen, die die Stadt Neckarbischofsheim in diesem Jahr durchführen muss. Der Gemeinderat kann sich vorstellen, dass diese Voraussetzungen nicht einfach waren. Dennoch konnte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde der Haushalt so dargestellt werden, dass er genehmigt wird. Bürgermeister Vogt bemerkt, dass es sich lediglich um einen Plan handelt. Was im Laufe des Jahres mit den Finanzen tatsächlich passieren wird, weiß niemand. Auch nicht, was nach diesem Jahr unter dem Strich herauskommt.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt die CDU/UW-Fraktion zum Haushaltsplan 2010 folgendes aus:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

das Superwahljahr 2009 ist einige Zeit passé. Neben den Europa- und Bundestagswahlen liegen auch die Kreistags- und Gemeinderatswahlen schon lange hinter uns. Im Vorfeld dazu gab es für die Gemeinderatskandidaten jede Menge Vorbereitungen zu treffen. Da waren Nominierungsversammlungen abzuhalten oder zumindest zu besuchen, Fototermine wahrzunehmen, Prospekte auszuarbeiten, zu erstellen und zu verteilen und Ortsbesichtigungen durchzuführen.

Vor allem die neu gewählten Stadträtinnen und -räte sahen sich gleich zu ihrer Amtszeit mit den Finanzen der Stadt konfrontiert, nämlich der Beratung für den 1. Nachtragshaushalt 2009, der wegen dem Konjunkturpaket II und der weltweiten Finanzkrise, die auch in Neckarbischofsheim die Steuereinnahmen wegbrechen ließ, erstellt werden musste. Recht schnell haben sich die „Neuen“ dabei in die schwierige Materie eingearbeitet.

Die Auswirkungen dieser Finanzkrise prägen wohl noch auf Jahre hinaus die Arbeit des Stadtrates und die Handlungsfähigkeit der Stadt Neckarbischofsheim. Die Bürgerinnen und Bürger bekommen dies bereits mit den beschlossenen Gebührenerhöhungen im Bereich der Friedhofsverwaltung und der Verwaltungstätigkeit zu spüren. Auch die Grundsteuererhöhung wird sich auf den Geldbeutel der Neckarbischofsheimer, Helmhöfer und Untergimperner auswirken und die Hundehalter müssen für ihren vierbeinigen Freund ebenfalls tiefer in die Tasche greifen.

Der Knackpunkt bei den Finanzen der Stadt Neckarbischofsheim liegt eindeutig im Bereich des Verwaltungshaushaltes. Dieser muss regelmäßig eine positive Zuführung in die Rücklage erhalten und kann in Ausnahmesituationen – wie wir sie derzeit erleben – negativ ausfallen. Aber nur mit einem positiv abschließenden Verwaltungshaushalt ist eine Kommune auf Dauer „gesund“.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2010 hat unser Stadtkämmerer mit spitzer Nadel das zu erwartende Haushaltsvolumen „zusammengestrickt“ und heraus kam – bei einem Gesamtvolumen von 8,8 Mio. Euro – ein Defizit im Verwaltungshaushalt von 497.000 Euro.

Für die Verwaltung galt es in diesem Jahr, den Rotstift an der richtigen Stelle anzusetzen, um das Defizit aus den fehlenden Steuereinnahmen (Einkommensteuer, Schlüsselzuweisungen) und den durch die beiden guten Steuerjahre 2007 und 2008 erhöhten FAG-Umlagezahlungen zu minimieren: Die Frage war nur: Wo und wie viel?

Zunächst wurden Unterhaltungsmaßnahmen in allen Bereichen des Haushalts für das Jahr 2010 reduziert, um nicht noch ein größeres Haushaltsdefizit zu erhalten. Um das Defizit im Verwaltungshaushalt weiter zu verringern ist es uns dabei leider nicht gelungen, auf Steuer- und Gebührenerhöhungen zu verzichten. Dennoch konnte die vorhandene Infrastruktur wie gewohnt beibehalten werden. Die Erhöhung der Grundsteuer kann damit begründet werden, dass diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die heute im Stadtgebiet leben auch den Nutzen aus der vorhandenen Infrastruktur haben. Eine höhere Schuldenaufnahme würde die nachfolgenden Generationen durch Zins- und Tilgungszahlungen erheblich belasten.

Keine Einschnitte haben zur Zeit auch die Vereine zu befürchten, die eine wichtige Aufgabe für unsere Gemeinschaft erfüllen. Dennoch wird sich der Gemeinderat in der nächsten Klau-surtagung mit dieser Thematik beschäftigen müssen.

Richtige Einsparpotentiale konnte die Stadtverwaltung für das Jahr 2010 leider nicht vorlegen. Deshalb sollte die Stadt noch in diesem Jahr prüfen, ob Leistungen, die derzeit von externen Firmen erledigt werden, auch durch das vorhandene Personal vorgenommen werden können.

Wenn wir schon bei den Ausgaben sind: Nicht zu vertreten hat die Verwaltung die explosionsartig gestiegenen Kosten im Bereich der Kleinkindbetreuung. Die diesjährigen Mehrausgaben von fast 50.000 Euro sind durch den Gesetzgeber zustande gekommen. Um die Stadt Neckarbischofsheim im interkommunalen Konkurrenzkampf etablieren zu können musste mit dem freiwilligen und frühzeitigen Einstieg in die Betreuung der Kinder unter drei Jahren begonnen werden. Dies kostet uns zwar sehr viel Geld, tut aber den berufstätigen Familien sehr gut. Dabei ist vor allem die gute Zusammenarbeit mit dem neuen Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde, Daniel Meißner, und dem neuen Kirchengemeinderat hervorzuheben.

Um die sinkenden Einwohnerzahlen abfangen zu können ist es wichtig, die neu erschlossenen Bauplätze im Eichertstal an interessierte auswärtige Häuslebauer zu veräußern. In der Vermarktungsstrategie können wir auf die sehr gute Busverbindung an den S-Bahn-Halt in Neckarbischofsheim-Nord verweisen, der in diesem Jahr errichtet wird. Für diese Maßnahme haben wir bereits entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt. Insgesamt wird sich der ÖPNV im nächsten Jahr in unserer Stadt weiter verbessern wenn man der vorgestellten Linienbündelausschreibung des Landkreises Glauben schenken darf. Schon im jetzigen Haushalt haben sich die Kosten durch die neu eingerichtete Linie 782 (nach Untergimpfern) um zirka 13.000 Euro durch den Wegfall des Rufbusverkehrs verringert.

Mit der Errichtung eines Sozialgebäudes im städtischen Bauhof wird den dortigen Beschäftigten endlich eine Unterkunft geschaffen, die den arbeitsrechtlichen Vorschriften gerecht wird. Die sanitären Anlagen in den bisherigen Räumlichkeiten waren schon lange für die Mitarbeiter nicht mehr zumutbar. Wir hoffen, dass die Mitarbeiter sich in den neuen Sozialräumen wohl fühlen werden.

Angegangen wird noch in diesem Jahr die dringend notwendige Kanalsanierung im Bereich Kirchstraße/Forststraße im Stadtteil Helmhof. Es bleibt zu hoffen, dass diese Maßnahme, genauso die Platzgestaltung in der Wimpfener Straße, bis zum 300-jährigen Stadtteilsjubiläum Anfang September 2011 abgeschlossen ist.

Auch die Schülerinnen und Schüler am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium haben mit der neuen Mensa bessere Voraussetzungen, um gestärkt in den Nachmittagsunterricht zu gehen. Der sehr gute Start mit über 100 Essen täglich hat gezeigt, dass diese Einrichtung dringend notwendig war und sehr gut angenommen wurde. Die Stadt Neckarbischofsheim hat hierzu erhebliche Mittel aufgewendet, um diese Essensversorgung zu gewährleisten. Dennoch darf nicht aus den Augen verloren werden, dass wir hierfür einige Schulden produziert haben, die die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neckarbischofsheim zu tragen haben. Unserer Fraktion liegt sehr daran, dass das Thema „Gründung eines Zweckverbands“ mit dem Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis weiterverfolgt wird, um in künftigen Jahren diese Lasten zu mindern.

Trotz aller Grausamkeiten die der diesjährige Haushalt 2010 in sich birgt und den damit verbundenen Einschnitten müssen wir verhalten optimistisch in die Zukunft blicken. Auch wenn die Prognosen für die kommenden Jahre dünn ausfallen hoffen wir, dass die Kurve bald wieder nach oben zeigt und wir eine bessere finanzielle Situation haben.

Wir haben in Neckarbischofsheim unsere Hausaufgaben in den zurückliegenden Jahren sehr ordentlich erledigt und können uns als wettbewerbsfähige, attraktive Stadt präsentieren,

die über eine sehr gute Infrastruktur verfügt und bei den weichen Standortfaktoren, die bei der Überlegung von Zuziehenden immer mehr an Bedeutung gewinnen, sehr gut dastehen (medizinische Versorgung, Lebensmittelmärkte, Gymnasiumsstandort, Sportangebot mit Hallen- und Freibad).

Wir verfügen über ausreichend Bauland, das durch eine noch aggressivere Vermarktung den gerade beschriebenen Standortvorteil sicher noch einige Lücken im Haushalt zu stopfen vermag. Allerdings müssen die 1,6 Mio. Euro Schulden auf dem Treuhandkonto ebenfalls abgetragen werden.

Unser Wald kann uns vielleicht helfen, unsere Schulden zu verringern, denn der nachwachsende Rohstoff Holz gewinnt immer mehr und mehr an Bedeutung. Manche sprechen auch vom „Öl der Zukunft“.

In diesem Zusammenhang ist auch der Einsatz erneuerbarer Energien nicht zu verachten. Wir wollen, wenn es die Haushaltssituation erlaubt, auf diesem Gebiet neue Anreize schaffen, um die Initiativen von Bund und Land auch in der Kommune zu ergänzen. Für uns gilt nach wie vor die Maxime, „Global denken, lokal handeln“. Gerade im Energiesektor, bei der Wärmedämmung und beim Einsatz von erneuerbaren Energien können auch die Kommunen wichtige Beiträge leisten. Wir fordern auch die privaten Häuslebauer auf, die gesetzlichen Vorgaben aus Land und Bund bei ihren Investitionen zu bedenken und den geforderten Prozentsatz des Einsatzes erneuerbaren Energien tatsächlich umzusetzen.

Abschließend danke ich all denjenigen Personen, die sich im vergangenen Jahr daran beteiligt haben, unsere Stadt mit seinen beiden Stadtteilen nach vorne zu bringen. Der Evangelischen Kirchengemeinde mit ihrem Kindergarten und karitativen Verbänden, die uns viel Arbeit abnehmen, den Lehrerinnen und Lehrern und den Elternbeiräten an unseren Schulen, den Vereinen für ihr tolles Engagement, den Ärzten vor Ort für ihre gute Arbeit und auch den Betrieben und unseren Gewerbetreibenden die für die Sicherung der Arbeitsplätze hier vor Ort sorgen, gerade in dieser schwierigen Zeit.

Danken möchte ich auch der Verwaltung, insbesondere unserem Stadtkämmerer Harry Hack der die Vorlagen sehr verständlich und übersichtlich darstellte und Bürgermeister Vogt für die Bereitschaft, uns während der Haushaltsberatungen stets Auskunft zu erteilen. Ich denke, dass wir mit diesem Haushalt für die Gesamtstadt in Neckarbischofsheim auf dem richtigen Weg sind. Wir wollen auch weiterhin mit einer Finanzpolitik mit Augenmaß unser Gemeinwesen voranbringen, auch wenn die derzeitige Haushaltssituation wenig Spielraum lässt.

Die CDU/UW-Fraktion stimmt der Haushaltsatzung der Stadt Neckarbischofsheim 2010 zu.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt die FW/SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2010 folgendes aus:

„Kommunen vor dem Kollaps“, „Kommunen stehen vor finanziellem Abgrund“, „größter Einbruch der Kommunalfinanzen in der Geschichte des Landes“

.....alles Schlagzeilen jüngster Presseberichte, die die aktuelle Situation der Kommunalhaushalte nur zu deutlich ins Bewusstsein rufen. Wie schlecht es wirklich um die Kommunen im Land bestellt ist, lässt sich ablesen an den neusten Prognosen des Gemeindetags, nach denen im laufenden Haushaltsjahr 90% der großen Kreisstädte und 60% der kreisangehörigen Gemeinden ihre laufenden Ausgaben nicht ohne Kreditaufnahmen finanzieren können.

So geht es auch uns hier in Neckarbischofsheim. Die Rücklagen sind weitgehend aufgebraucht und die Aufrechterhaltung des laufenden Verwaltungsbetriebs und die Unterhaltung der städtischen Gebäude und Anlagen muss über Kommunalkredite finanziert werden. Eigentlich sollte es anders herum laufen, d.h. aus der Summe aller Einnahmen aus Gebühren, Entgelten und Mittelzuweisungen von Bund und Land abzüglich der Ausgaben sollte so viel Überschuss erwirtschaftet werden, dass es sowohl für die Ansparung einer Rücklage als auch für investive Maßnahmen ausreicht. Diese Schieflage in der Haushaltssystematik muss einem zu denken geben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass angesichts der zu erwartenden Steuersenkungen, den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und einem höheren Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst nicht mit einer grundlegenden Besserung zu rechnen ist.

Was bedeutet dies nun konkret für uns?

Zunächst kommt der Gemeinderat nicht umhin, Gebühren und Steuern zu erhöhen. Dies geschieht nicht, weil wir das unbedingt wollten oder die Gemeindefinanzen dadurch wesentlich besser gestellt würden, sondern einzig und allein, um ein Signal zu setzen in Richtung

Genehmigungsbehörde, dass es an Anstrengungen unsererseits nicht mangelt, einen genehmigungsfähigen Haushalt auf den Weg zu bringen. Denn nichts wäre schlimmer als eine Versagung der Genehmigung und damit die Zwangsverwaltung unseres Städtchens durch den Landkreis. Dass alle unsere Bürger unmittelbar betreffenden Kostenerhöhungen so maßvoll wie möglich vorgenommen wurden, ist selbstverständlich.

Andererseits müssen wir aber auch sparen! Wir von der FW/SPD-Fraktion sehen uns zukünftig noch mehr verpflichtet, jede Ausgabe äußerst kritisch auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Viele Investitionen wie bspw. die Sanierung der Stadthalle, ein komplett neu gestalteter Bauhof oder eine moderne Schließanlage für unsere öffentlichen Gebäude sind zwar sinnvoll und wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig zum Fortbestand eines geordneten Gemeinwesens.

Es ist klar, dass angefangene Maßnahmen, allem voran das Gymnasium und die Restabwicklung des Baugebiets Eichertstal zu Ende gebracht werden und infrastrukturell bedeutende Vorhaben, wie z.B. die Park- und Ride-Anlage am Nordbahnhof oder Kanalsanierungen in Helmhof, einer Realisierung bedürfen. Gleichwohl müssen wir uns fragen, ob die Eigenmittel der Stadt im Landessanierungsprogramm wie bisher eingesetzt werden können, ob und in welchem Umfang wir städtebauliche Planungen bzw. Maßnahmen zur gewerblichen Entwicklung überhaupt brauchen und welchen Weg wir langfristig bei der Kleinkindbetreuung und den Kindergärten gehen.

Auch über Standards in der Ausführung unserer Projekte, sofern die einschlägigen Fachgesetze und Richtlinien uns hier Spielraum lassen, werden wir uns zukünftig mehr als bisher auseinanderzusetzen haben. Beauftragte Architekten und Planer werden natürlich nicht zuletzt aus Eigeninteresse immer versucht sein, den vorgegebenen Kostenrahmen auszuschöpfen. Hier müssen neue Wege der Kooperation gefunden werden, die das Einsparen belohnen und das Honorar nicht ausschließlich von der Baukostenhöhe abhängig machen. Mit der neuen, seit August 2009 in Kraft getretenen HOAI geht man mit einer Bonus/Malus-Regelung, wenn auch noch zaghaft in diese Richtung.

Stichwort „interkommunale Kooperation“: Große Hoffnungen sind hier angebracht, vorausgesetzt, es findet ein grundsätzliches Umdenken in unseren Köpfen statt. Neben den Schulen, wo der 1. Schritt mit der Hauptschulfusion jetzt getan wurde, oder der Tourismusförderung im GVV und darüber hinaus, kann man sich für viele Bereiche kommunalen Handelns eine gemeinsame Vorgehensweise vorstellen. Spontan fallen mir da Bauhöfe, Bäder, Kindergärten, Friedhöfe, die Baulandentwicklung oder die Feuerwehr ein. Statt der viel zitierten in meinen Augen unsinnigen „Konkurrenz der Kommunen“ das Wort zu reden und damit Gräben aufzutun, sollten wir uns lieber auf Gemeinsamkeiten besinnen und die vorhandenen Synergien herausarbeiten. Hier liegt meines Erachtens eine der größten Herausforderungen für den Gemeinderat und die Verbandsversammlung in den kommenden Jahren. Auch vom Gesetzgeber erwarte ich mir hier ein sehr viel strategischer ausgerichtetes Vorgehen, anstatt wie bisher den Bürgern gesetzlich Zugeständnisse zu machen, die von jeder Kommune allein nicht mehr erfüllt werden können.

Langfristig müssen gerechtere und gleichmäßigere Verteilungsmaßstäbe landes- und bundesweit greifen; denn dass 2/3 aller Kommunen ihre laufenden Ausgaben nur noch über Kredite finanzieren können, ist eine nicht akzeptable systematische Fehlentwicklung. Die Regierungsparteien in den Parlamenten sind angehalten, ihre Aufgaben endlich richtig zu machen, anstatt althergebrachte Klientelpolitik zu betreiben. Föderalismusreform darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss zugunsten der Kommunen und damit der Bürger gelebt werden. Die in der Landesverfassung geregelte Konnexität bei jeder gesetzlichen Maßnahme ist eingehend zu prüfen und den Kommunen gegebenenfalls die erforderliche Finanzausstattung zur Umsetzung mit auf den Weg zu geben.

Vor Ort sind wir angehalten, alle öffentlichen Einrichtungen kritisch zu überprüfen. Bei Mehrfachvorhaltungen auf begrenztem Raum – und den haben wir bei uns immer – müssen Zusammenlegungen ernsthaft überprüft und angestrebt werden. Es darf bei dieser Diskussion wie bereits oben erwähnt keine Tabus geben. Konsequenter wäre es da nur, mittelfristig auch an eine gemeinsame interkommunale Finanzierung, ggf. mit Steuerungsfunktion des Landratsamts, zu denken. Nur so können wir unser Städtchen zukunftsfähig machen, nur zusammen mit unseren Nachbargemeinden wird es uns gelingen, langfristig unsere Selbständigkeit zu behalten und nicht von einem noch größeren verschluckt zu werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wir mit dem Beschluss des vorgelegten Werks noch mal mit 2 blauen Augen davonkommen, wohl wissend, dass mit dem jetzt schon absehbar erforderlichen Nachtragsplan im Laufe des Jahres die erste Beinamputation fällig werden könnte.

Wir danken unseren Kolleginnen und Kollegen für die fairen und konstruktiven Diskussionen im Gremium. Vorallem aber danken wir Ihnen, Herr Bürgermeister Vogt, sowie den anwesenden Herren der Verwaltung für Ihr Engagement und Ihren Einfallsreichtum, gerade auch vor dem Hintergrund der schwierigen Gesamtlage. Dadurch ist es Ihnen gelungen, trotzdem noch einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Was jetzt bleibt ist die Hoffnung, die Hoffnung dass alle Einnahmeprognosen für 2010 sich nicht nur erfüllen, sondern weit übertroffen werden.

Bürgermeister Vogt bedankt sich bei den beiden Fraktionssprechern, die die derzeitige Problematik ausreichend in ihren Haushaltsreden dargestellt haben und bemerkt dazu, dass es traurig genug ist, wie sich die Finanzen derzeit darstellen.

Beschluss:

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. 698) in der heute geltenden Fassung hat der Gemeinderat am 23. Februar 2010 folgende

HAUSHALTSSATZUNG

für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. Einnahmen und Ausgaben von je		8.806.000,00 €
davon im Verwaltungshaushalt	7.225.000,00 €	
im Vermögenshaushalt	1.581.000,00 €	
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme (Kreditermächtigung) i. H. v.		478.500,00 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von		40.000,00 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf **1.500.000,00 €** festgesetzt.

§ 3

Die Steuersätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftl. Betriebe (Grundsteuer A) auf		430 v.H.
b) für die Grundsteuer (Grundsteuer B) auf die Steuermessbeträge		435 v.H.
2. für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf		340 v.H.

§ 4

Der Stellenplan ist Bestandteil dieser Satzung.

Neckarbischofsheim, den 23. Februar 2010

Hans-Joachim Vogt

Bürgermeister

Abstimmung: 13 Ja

03. Kanal- und Straßenbauarbeiten im Stadtteil Helmhof hier: Vergabe der Ingenieurtechnischen Leistungen

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass dieser Tage die Anträge für den Ausgleichstock zu stellen sind, weshalb sich die Verwaltung in Gesprächen mit dem Ing. Büro Martin bezüglich der weiteren Planungen befindet. Hierbei hat sich die gesamte Problematik an der Stelle gezeigt, an der die Bauarbeiten durchgeführt werden sollen.

Zum einen ist es das engste Straßenstück und zum zweiten die einzige Zufahrt zum bewohnten Bereich im Stadtteil Helmhof. Der Platzbedarf für die Baustelle und die Umleitung des Verkehrs bedarf noch vieler Überlegungen. In der heutigen Sitzung sollen die Ingenieurtechnischen Leistungen vergeben werden. Die Bauleitung verbleibt bei der Verwaltung. Dies hilft der Stadt Neckarbischofsheim ein kleinwenig Ausgaben einzusparen, da die großen Honorare nicht gezahlt werden müssen.

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, wie hoch die ungefähren Kosten für den Ingenieurvertrag sind. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass diese nicht genannt werden können. Momentan werden die Planungen für die Bauarbeiten am Kanalnetz zwischen dem „Darmstädter Hof“ und der Kirchstraße vorgenommen. Hier stehen die Kosten für den Straßenbau und die Kanalisation noch nicht hundertprozentig fest. Im Hinterkopf ist allerdings noch die Platzgestaltung zwischen Steinigter Bergweg und Wimpfener Straße zu behalten. Die Kostenschätzung wird in einer der nächsten Sitzungen bekannt gegeben.

Stadtrat Rüdiger Knapp bemerkt, dass die Einrichtung einer Querungshilfe für Fußgänger über die Wimpfener Straße drei- bis viermal mehr kostet als die Anlegungen eines Zebrastreifens. Auf Grund der finanziellen Lage der Kommunen sieht er diese gesetzliche Vorschrift als veraltet an weshalb er sich heute erlaubt hat, diesen Missstand an die Sendung „Stern TV“ zu übermitteln. Hierbei hat er die Geldverschwendung angeprangert. Er fragt sich, ob ein Kind weniger wert ist als zehn Kinder, die innerhalb eines Zeitraums die Wimpfener Straße überqueren müssen. Er akzeptiert die Aussagen der Verkehrskommission nicht mehr, da diese nicht mehr Stand der Technik sind. Ein Zebrastreifen über die Wimpfener Straße ist hier ausreichend. Seiner Meinung nach müsste ohnehin in jeder Ortschaft ein Zebrastreifen vorhanden sein, da hier die viel beschriebene Kinderfreundlichkeit in den Gemeinden ausgebremst wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vergabe der Ingenieurtechnischen Leistungen für den Kanal- und Straßenbau an das Ingenieurbüro Martin, Reichartshausen, zu.

Abstimmung: 13 Ja

04. Hauptschule Neckarbischofsheim

hier: Vergabe der Arbeiten zur Verlegung eines neuen Teppichbodens im Schulgebäude

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und ergänzt, dass die Finanzierung zum Austausch des Teppichbodens in der Hauptschule bereits im Haushalt 2009 finanziert wurde. Nunmehr wurden die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben und die vorliegenden Ergebnisse erzielt.

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, wie hoch die Bezuschussung durch das Land ist. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Ausgleichstockzuschuss hier 60% beträgt.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Auskunft, wann die Arbeiten durchgeführt werden. Der technische Mitarbeiter Roland Herbold führt aus, dass die Arbeiten im Aulabereich in den Osterferien, die restlichen Räumlichkeiten (Klassenzimmer, Lehrerzimmer, Rektorat) während der Schulzeit sukzessive durchzuführen sind.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt sich, ob es sinnvoll ist, die Neuverlegung des Teppichbodens jetzt vorzunehmen, wenn ohnehin die Hauptschule aus dem Gebäude geht. Für die anschließende Umnutzung der Räumlichkeiten sind eventuell Umbaumaßnahmen notwendig, die wiederum den neu verlegten Teppichboden beschädigen. Auch sind noch Brandschutzverhütungsmaßnahmen im Gebäude vorzunehmen, weshalb die Arbeiten erst später durchgeführt werden sollten.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass der alte Teppichboden in manchen Bereichen im Gebäude gar nicht mehr vorhanden ist. Außerdem werden die Klassenzimmer so bleiben wie sie sind, da die Grundschüler (acht Klassen) diese weiterbenutzen können. In den Fachräumen sind andere Bodenbeläge verlegt, so dass hier auch keine Probleme entstehen. Im Übrigen werden den Brandschutzmaßnahmen im Trockenbau durchgeführt, so dass der neue Teppichboden dadurch nicht belastet wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ergänzt, dass der neue Teppichboden durch die vorzunehmenden Baumaßnahmen belastet wird und anschließend wieder entfernt werden muss. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft, wo der Ort „Biesenrode“ liegt. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Ort im Bundesland Sachsen-Anhalt beheimatet ist.

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, welche Gewährleistung die Stadt Neckarbischofsheim auf die ausgeführten Arbeiten hat. Roland Herbold teilt mit, dass die Gewährleistung nach der VOB erfolgt. Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass die Arbeiten durch Bürgschaften, die zuvor zu hinterlegen sind, abgesichert werden.

Stadträtin Heike Jacobs regt an, die Schule dazu zu animieren, ein Schulfest durchzuführen, um den Erlös für die Teppichbodensanierung zu verwenden. Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf und wird diesen der Schulleitung weitergeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vergabe der Arbeiten zur Verlegung eines neuen Teppichbodens im Hauptschulgebäude an den günstigsten Bieter, die Fa. Meyer Lies, Biesenrode, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von brutto 99.729,50 € zu.

Abstimmung: 12 Ja 1 Enthaltung

05. Straßenunterhaltung in Neckarbischofsheim

hier: Abschluss eines Jahresvertrages

Stadtrat Hans Rossel ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und erläutert die Systematik der Ausschreibung. Er führt aus, dass in der Ausschreibung kein spezieller Auftrag für eine Sanierungsmaßnahme an einer bestimmten Stelle erfolgt ist, sondern es wurden bestimmte Aufgaben ausgeschrieben (Reparatur am Kanal oder an Straßen), die von den Fachfirmen entsprechend ausgeführt werden sollen. Hierbei wurden die Preise für jede Auftragsposition festgeschrieben, so dass die Firmen aufgrund dieses Angebot abzurechnen haben. Die Firmen wurden in der Ausschreibung aufgefordert, Pauschalpreise abzugeben, die sie mit einem Zu- oder Abschlag (Auf- oder Abgebot) versehen konnten. Wie aus der Vorlage zu ersehen ist, bewegen sich die Abgebote zwischen 30,51% und 3,00% und ein Aufgebot bei 5,00%.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vergabe der Pauschalausschreibung für die Straßensanierungsarbeiten im Jahr 2010 an den günstigsten Bieter, die Fa. Riedlberger, Sinsheim-Steinsfurt, mit einem Abgebot zu den vorgegebenen Einheitspreisen in Höhe von 30,51% zu.

Abstimmung: 12 Ja

06. Baufachtechnische Prüfung der Bauausgaben

hier: Vorstellung des Prüfungsberichts der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg für den Zeitraum 2005 bis 2008

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim in den letzten drei Jahren von der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg geprüft wurde, da die Einwohnerzahl in diesen Jahren über 4.000 Einwohner lag. Die Bauausgaben wurden in der Vergangenheit ebenfalls von der GPA geprüft und wird das auch künftig weiterhin im Auftrag des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis tun. Während der Prüfung wurde dabei versucht, strittige Fragen mit den Baufirmen abzuklären. Außerdem wurden die Firmen von dem Prüfungsbericht unterrichtet, so dass bei unstrittigen Fällen die Kosten bereits zurückerstattet wurden.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass unter Punkt A 4 die Fa. Eitle der Verwaltung mitgeteilt hat, dass die Rückerstattung angewiesen wurde. Bis auf die Fa. Hauck BauGmbH (Holzhackschnitzelanlage) wurden alle Kosten, die im Prüfbericht aufgeführt sind, bereits der Stadt Neckarbischofsheim zurückerstattet. Im Übrigen wird die Verwaltung zukünftig die vorgeschlagenen Anregungen der GPA bei den Baumaßnahmen beachten.

Stadtrat Gerold Rossel bemerkt, dass der Punkt A 16 nicht in der Vorlage aufgeführt ist. Bürgermeister Vogt erläutert, dass es sich hier um den Hinweis der GPA handelt, dass die Ausschreibung für die Tischlerarbeiten im MTW-Raum hätte aufgehoben werden müssen.

Stadträtin Karin Bender stellt fest, dass die Prüfung durch die GPA sicherlich nicht kostenlos erfolgt ist, und wenn keine Kostenerstattung zustande gekommen wäre, die Stadt Neckarbischofsheim hier bestimmt draufgelegt hätte.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Prüfung ca. 7000,00 € gekostet hat. Er bemerkt, dass es gut ist, wenn durch die GPA die Abrechnungen näher betrachtet werden. Er verweist auf die derzeitigen Probleme der Stadt Köln, wo Schlampereien am Bau sogar zu Schäden geführt haben. Bei der Prüfung der städtischen Bauausgaben sind zwar nur Kleinbeträge ermittelt worden, allerdings decken diese die Prüfungsausgaben. Natürlich muss man sich als Laie darauf verlassen können, dass die Baufirmen und Ingenieurbüros richtig gearbeitet haben. Die Prüfung hat bestätigt, dass die Baumaßnahmen ordentlich abgewickelt wurden. Natürlich kam es bei der Prüfung auch vor, dass der Prüfer einige Angelegenheiten anders gesehen hat. Diese konnten aber durch Gespräche mit den Firmen und der entsprechenden Vorlage von Belegen bereinigt werden.

Stadtrat Gerold Rossel stellt fest, dass der Prüfer in den drei Wochen drei Baumaßnahmen geprüft hat, und dabei der Stadt Neckarbischofsheim Ausgaben in Höhe von 18.000,00 € zurückgeholt hat, so dass nach Abzug der Prüfungsausgaben ein Überschuss von 10.000,00 € erwirtschaftet wurde. Er stellt sich deshalb die Frage ob es nicht sinnvoll ist, künftig externe Firmen mit der Überprüfung der Bauausgaben zu beauftragen, um Überzahlungen zu vermeiden.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die GPA alle drei Jahre die Baumaßnahmen stichprobenartig überprüft. Dabei erhält der Prüfer eine Liste aller Baumaßnahmen die von der Stadt Neckarbischofsheim in diesem Zeitraum getätigt wurden. Die interessantesten Baumaßnahmen pickt sich der Prüfer heraus und überprüft, ob fehlerhafte Abrechnungen vorgelegt wurden. Auch die Verwaltung kann den Prüfbeamten auf Maßnahmen hinweisen, die nochmals entsprechend überprüft werden sollen, bspw. dann, wenn es bei bestimmten Baumaßnahmen zu Problemen gekommen ist.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass die Verwaltung froh darüber ist, wenn die Prüfer kommen da im Dialog herausgefunden werden kann, was bei den Baumaßnahmen künftig zu ändern oder zu beachten ist.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg über die Baufachtechnische Prüfung der Bauausgaben im Zeitraum 2005 bis 2008 zur Kenntnis.

Nach Ende des TOP fragt Stadträtin Karin Bender nach, wann der Gemeinderat die Abrechnung für die Holzhackschnitzelanlage vorgelegt bekommt.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Abrechnung zur Zeit erstellt wird, allerdings noch Unterlagen wegen dem Qualitätsmanagement fehlen. Ebenfalls wird die Dokumentation erstellt, wie die Anlage derzeit ausgenutzt ist. Hier müssen noch Erläuterungen abgestimmt werden, die der Zuschussgeber im Bericht wieder finden möchte.

07. Mensa im Schulzentrum Neckarbischofsheim

a) Beratung und Beschlussfassung über einen weiteren Öffnungstag

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass der Mensabetrieb im Schulzentrum, wie auch aus der Presse zu erfahren war, erfolgreich angelaufen ist. Auch am heutigen Tage gingen wieder über 100 Essen über den Tresen der Schulmensa. Beim damaligen Auftrag an die Mensabetreiberin, Frau Anne Kerbe, wurde bereits diskutiert, ob der Montag auch geöffnet werden soll, da an diesem Tag lediglich die Projekt- und AG-Arbeiten im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium durchgeführt werden. Damals hatte man sich darauf verständigt, eher das Angebot um einen Tag auszudehnen, als einen Tag streichen zu müssen. Nach der Rückmeldung der Schülerinnen und Schüler werden auch Montags bis zu 80 Essen nachgefragt, weshalb die Verwaltung vorschlägt, die Öffnungszeiten der Schulmensa auf den Montag auszudehnen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt einem weiteren Öffnungstag (Montags) der Mensa im Schulzentrum Neckarbischofsheim zu.

Abstimmung: 13 Ja

b) Anschaffung von weiteren KÜcheneinrichtungsgegenständen

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass sich die Verwaltung mit der Anschaffung der Dampfgeräte zurückgehalten hat, bis man wusste, wie die Mensa von den Schülerinnen und Schülern angenommen wird. Die Fa. Hoffmann-Menue tauscht die vorhandenen, kleineren Dampfgeräte nun aus, damit 100 Portionen Tiefkühlkost warm gemacht werden können. Bis zu den Sommerferien werden diese Geräte der Stadt Neckarbischofsheim kostenlos zur Verfügung gestellt. Danach hat die Stadt Neckarbischofsheim zu entscheiden, ob die Geräte für ca. 6.000,00 € angekauft werden. Die Anschaffung ist bereits in den Gesamtkosten der Schulmensa beinhaltet.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob die Geräte auch geleast werden können. Hierzu führt Bürgermeister Vogt aus, dass der Kauf der Geräte durch den Ausgleichstock gefördert wird, die Miete aber nicht. Diese Kosten hätte die Stadt selbst zu tragen, was ein Schönheitsfehler in dieser Angelegenheit bedeutet.

Stadtrat Gerold Rossel findet es nicht in Ordnung, dass Mehrkosten gefördert werden, aber geringere Kosten (Miete, Leasing) nicht.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass noch die Entscheidung ansteht, ob eventuell ein großer und ein kleiner Dampfgerät angeschafft wird. Bürgermeister Vogt ergänzt, dass zunächst Angebote für diese Gerätschaften eingeholt werden sollen, weshalb heute kein Beschluss darüber zu fassen ist. Vielmehr wird bis zu den Sommerferien abgewartet, um verlässliche Zahlen für den Mensabetrieb zu haben. Im Moment besteht eine große Euphorie der Schüler, das Essen in der Mensa einzunehmen. Ob dies auch nachhaltig so bleibt, wird man bis zu den Sommerferien sehen. Sollten dauerhaft weniger Essen angefragt werden, dann werden auch die Dampfgerätschaften entsprechend angeschafft.

Stadträtin Karin Bender fragt an, ob die Mensabetreiberin derzeit Aufzeichnungen über die täglich angefragten Essen macht. Dies wird ihr von Bürgermeister Vogt bestätigt.

Stadträtin Heike Jacobs regt auch bei dieser Anschaffung an, eine Spendenkasse im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium aufzustellen, um bei Eltern- oder Theaterveranstaltungen Einnahmen für die Finanzierung der Mensa zu erhalten.

Bürgermeister Vogt teilt wegen der Spenden ein Schlüsselerslebnis mit, das er mit Elternvertretern des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums hatte, als es ging, einen Wasserspender für die Mensa anzuschaffen. Als das Gespräch auf die Finanzierung dieser Investition kam vertraten die Eltern die Meinung, dass es reichen würde, wenn man Wasserkrüge auf die Tische stellt. Ein Wasserspender war danach kein Thema mehr.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

Reinigung der Schulmensa

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und schlägt vor, die Reinigung der Schulmensa an die Betreiberin, Frau Anne Kerbe, zu übertragen, da dann die gesamten Leistungen in einer Hand wären. Die Kosten für die Reinigungsleistung betragen 132,49 €/monatlich.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vergabe der Reinigungsleistungen in der Schulmensa an die Betreiberin, Frau Anne Kerbe, Neckarbischofsheim, zum Angebotspreis in Höhe von 132,49 €/monatlich zu.

Abstimmung: 13 Ja

08. Vorstellung des Forschungsprojekts „SUN-AREA“ für die solare Energienutzung

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zum TOP und erläutert das Forschungsprojekt „SUN-AREA“, das vor allem strukturschwache Bereiche unterstützt. Im letzten Jahr wurde eine Befliegung des Neckar-Odenwald-Kreises vorgenommen, wobei auch die Gemeinden bis nach Angelbachtal im Rhein-Neckar-Kreis miteinbezogen wurden. Beim Überfliegen der Gemeinden wurde dabei ein digitales Geländemodell erzeugt und Dachflächen wegen der möglichen Solarnutzung untersucht. Diese Daten wurden der Stadt Neckarbischofsheim zur weiteren Verwertung zur Verfügung gestellt. Anhand einer Bildschirmpräsentation erläutert Bürgermeister Vogt, welche Informationen interessierte Bürger im Internet abrufen können, bspw. in welche Qualitätsstufe das Dach auf dem eigenen Grundstück

eingearbeitet wurde. Er findet, dass das Projekt eine tolle Sache ist, wobei die 723,00 €, die die Stadt Neckarbischofsheim hierfür zu bezahlen hatte, gut angelegt sind.

Stadtrat Gerold Rossel führt aus, dass nunmehr den Bürgern vermittelt wird, dass diese sich mit dem Projekt im Internet beschäftigen. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass bereits ein Pressebericht verfasst wurde, der nach der Sitzung an die Printmedien weitergegeben wird. Die Verwaltung wollte aber zuerst den Gemeinderat über das Projekt informieren.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, wer hinter dem Leader-Projekt steckt. Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich hier um ein Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg handelt, das strukturschwache Räume, wie den Neckar-Odenwald-Kreis unterstützt. Der Rhein-Neckar-Kreis hat damit nichts zu tun, wurde aber am südöstlichen Rand gestreift.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass Neckarbischofsheim einige der wenigen Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis ist, die man bei diesem Projekt im Internet anklicken kann und Informationen über die Sonnennutzung erhält.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

09. Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 19.01.2010

1. Der Gemeinderat stimmt der Einstellung von Frau Lisa-Jasmin Probst, Spechbach, als Auszubildende für den gehobenen Verwaltungsdienst (Bachelor of Arts) zum 01. September 2010 zu.

(Anmerkung: Die o.a. Bewerberin hat der Verwaltung eine Absage erteilt, da sie bei der Stadt Heidelberg die Ausbildung beginnen wird. Daraufhin hat die Verwaltung der nächsten Bewerberin, Frau Anne-Kathrin Vornum, Helmstadt-Bargen, die Stellenzusage erteilt, die auch angenommen wurde.)

2. Der Gemeinderat stimmt der Stellenausschreibung für eine Teilzeitstelle im Kindergarten am Krebsbach wegen Mutterschaftsvertretung zu.

10. Bekanntgaben

Klausurtagung 2010

Der Gemeinderat erhält in Kopie die Einladung zur Klausurtagung am Samstag, 6. März 2010 in der Schulmensa zusammen mit den vorgesehenen Beratungspunkten und der von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeitplanung. Bürgermeister Vogt bittet den Gemeinderat, sofern dieser noch Beratungsbedarf für andere Themen in der Klausurtagung hat, dies der Verwaltung rechtzeitig mitzuteilen.

Museumsbahnbetrieb auf der Krebsbachtalstrecke

Auf der Krebsbachtalstrecke von Neckarbischofsheim-Nord bis Hüffenhardt soll künftig ein Museumsbahnbetrieb an Sonn- und Feiertagen mit vier Zugpaaren erfolgen. Der Schienenbus (Uerdinger Modell – roter Schienenbus der DB) soll dann bis zum 3. Sonntag im Oktober die Fahrgäste befördern. Durch ein entsprechendes Gepäckabteil können auch Fahrräder problemlos mitgenommen werden. Im Moment kostet das Angebot die Stadt Neckarbischofsheim noch keinen Cent. Sollte das Angebot jedoch ausgebaut werden, muss man sich mit den Anrainergemeinden wegen den Kosten unterhalten. Eine Finanzierung könnte hierbei durch die Gründung eines Träger- oder Fördervereins erfolgen. Außerdem sollten die drei betroffenen Landkreise angefragt werden, ob diese zu 50% die Infrastrukturkosten übernehmen.

Aufstellung eines Funkmasten

Die Bauarbeiten an der Wasserenthärtungsanlage bei der Heidäckersiedlung zur Aufstellung eines Funkmasten haben dieser Tage begonnen.

Baumaßnahmen Kanal- und Straßenbau

Die Baumaßnahmen für die Kanal- und Straßenbauarbeiten in der Höhenstraße und in der Oberen Turmstraße konnten auf Grund der guten Witterung wieder aufgenommen werden. Auch die Verkabelungsarbeiten in der Uhlandstraße haben begonnen und werden vorrangig auf der linken Straßenseite durchgeführt.

Eröffnung städtisches Hallenbad

Das städtische Hallenbad wird nach halbjährlicher Sanierung voraussichtlich wieder am Montag, 8. März 2010 seine Pforten öffnen. Bis dahin sind noch der Großputz durchzuführen und das Wasser aufzuheizen. Den Jahreskarteninhabern wurde bereits signalisiert, dass ihnen die Zeit, in der das Hallenbad geschlossen war, gutgeschrieben wird.

Erschließung Neubaugebiete

Die Verwaltung hat beim Ing. Büro Miltner, Karlsruhe, die Abrechnungsunterlagen für die Erweiterung des Baugebiets „Bitzweg“ und für das Neubaugebiet „Eichertstal“ einsehen können und stichprobenweise überprüft. Der Gemeinderat erhält in der Sitzung im April 2010 die Abrechnung vorgestellt. Insgesamt sieht diese für die Stadt Neckarbischofsheim sehr erfreulich aus. Die eingeplanten Mittel werden für beide Maßnahmen nicht ganz benötigt.

Petition an den Landtag Baden-Württemberg

Der ehemalige Rektor am Adolf-Schmittthener-Gymnasium, Herr Karl-Heinz Metzger, hat wegen seinem Grundstück im Gewann „Bitzwiesen“ eine Petition beim Petitionsausschuss des Landtags Baden-Württemberg eingereicht.

Vorbereitung 40-jähriges Partnerschaftsjubiläum mit La Chapelle-St.-Luc

Am Wochenende 12./13. Juni 2010 findet in der französischen Partnerstadt La Chapelle-St.-Luc ein Gespräch mit dem dortigen Partnerschaftskomitee zur Vorbereitung auf das 40-jährige Partnerschaftsjubiläum im Jahre 2011 statt. Die Mitglieder des Gemeinderats werden gebeten, zahlreich an dieser Fahrt teilzunehmen. Eine gemeinsame Fahrgelegenheit wird durch die Verwaltung organisiert.

Ausgleichstockanträge 2010

Dieser Tage werden die Ausgleichstockanträge für das Jahr 2010 durch die Verwaltung für die Maßnahmen „Park- und Ride-Anlage S-Bahn-Halt Neckarbischofsheim-Nord“, „2. Bauabschnitt Obere Turmstraße“ und „Zuschuss Totenkirche“ beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis abgegeben. Für die Park- und Ride-Anlage sowie die Obere Turmstraße wird ein vorzeitiger Baubeginn beantragt, damit die Ausschreibung noch im Frühjahr, da hier die Preise niedriger sind, erfolgen kann. Ein weiterer Antrag erfolgt auch für die Straßenbauarbeiten im Stadtteil Helmhof, wobei die Verwaltung diesen Antrag erst in der Herbstsitzung des Verteilerausschusses entschieden haben möchte, da es sich um den vierten Antrag der Stadt Neckarbischofsheim für das Jahr 2010 handelt. Sicherlich wird die Stadt Neckarbischofsheim in der Sommersitzung des Verteilerausschusses keine vier Anträge genehmigt bekommen. Auch der Zuschussantrag für die Totenkirche steht noch auf wackeligen Füßen. Hier kommt es vor allem auf die Begründung des Zuschussantrages an.

11. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob bereits eine Entscheidung zur Aufnahme des Stadtteil Untergimpfern in das Landessanierungsprogramm getroffen wurde. Wie ihm mitgeteilt wurde sind viele Untergimpferner bereit, hier Maßnahmen an ihren Gebäuden durchzuführen. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Antrag zwar von der Verwaltung gestellt wurde, aber noch keine Entscheidung hierüber getroffen wurde.

Stadtrat Norbert Benz bittet um Auskunft, was für eine Baumaßnahme an der Brücke in der Hauptstraße vorgenommen wurde. Hierzu teilt ihm der Technische Mitarbeiter Roland Herbold mit, dass im dortigen Bereich eine Stromleitung verlegt werden musste.

Stadtrat Peter Haffelder fragt an, ob sich wegen des Standorts des Buswartehäuschens im Stadtteil Untergimpfern schon etwas ergeben hat. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Verwaltung an dieser Angelegenheit noch arbeitet.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Auskunft, wie weit die Ausschreibung für das Sozialgebäude im städtischen Bauhof ist. Bürgermeister Vogt führt aus, dass wegen des Urlaubs des Architekten hier keine Verhandlungen geführt werden konnten. Roland Herbold ergänzt, dass am morgigen Tag ein Termin mit dem Architekten erfolgt, bei dem die Angelegenheit besprochen wird. Die Submission ist bereits erfolgt und auch die Vergabegespräche wurden geführt. Die neuen Preise müssen hier noch eingearbeitet und auch die Eigenleistungen des städtischen Bauhofs besprochen werden.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, wie viele Bauplätze im Neubaugebiet „Eichertstal“ bereits durch die Stadt Neckarbischofsheim verkauft werden konnten. Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass bereits für zehn Bauplätze ein Kaufvertrag abgeschlossen werden konnte. Das Bauamt erhält stetig Anfragen wegen der Bauplätze, so auch am heutigen Tag, als ein Ehepaar aus Göppingen anfragte. Bürgermeister Vogt ergänzt, dass im Bitzweg bereits alle zehn Bauplätze verkauft sind.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass der Winter vorbei ist und fragt nach, wie es auf den städtischen Straßen mit Frostschäden aussieht. Der Technische Mitarbeiter Roland Herbold stellt fest, dass einige Schäden vorhanden sind, die nun begutachtet werden um entscheiden zu können, ob diese beseitigt werden oder eine Sanierung der Straßenschäden nicht so dringend sind.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm stellt fest, dass im Bereich der Schulgasse ein Riss über die Straße verläuft, der eigentlich noch in diesem Jahr beseitigt werden sollte, da der Schaden im nächsten Jahr vielleicht schon viel größer ist. Die Verwaltung lebt derzeit in dem Spannungsverhältnis, Reparaturen an Stellen, die derzeit nicht schlimm aussehen vorzunehmen oder aber auf das nächste Jahr zu verschieben und hier größere Schäden zu beheben.

Stadtrat Rüdiger Knapp verweist auf einen Bericht im Radio, bei dem die Straßenschäden nach dem diesjährigen Winter behandelt wurde. Hierbei wurde festgestellt, dass vor allem die kalt-warmen Perioden fatal für die Straßenbeläge sind.

Stadtrat Norbert Benz fügt an, dass auch der Gemeindeverbindungsweg nach Helmstadt stark sanierungsbedürftig ist.

12. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: